

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg
am 26.02.2026

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Zier

Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Gaßdorf

Herr Graeser

Fraktionsvorsitzender

Frau Hülsmann-Pröbsting

Frau Kleinesdar

Frau Meier

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Steinkühler

Fraktionsvorsitzender

Frau Stelbrink

Frau Wilhelmstroop-Wicht

SPD

Herr Gieselmann

Fraktionsvorsitzender

Die Linke

Frau Pohl

AfD

Herr Breuer

FDP

Frau Hambach

Schriftführung

Herr Gabriel

Büro der Oberbürgermeisterin und des Rates

Nicht anwesend:

Frau Welscher (SPD)

Herr Vollmer (Die Linke)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksbürgermeisterin Zier begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur 3. Sitzung form- und fristgerecht zugegangen und die Bezirksvertretung Dornberg beschlussfähig ist.

Sie begrüßt Herrn Paus und bedankt sich bei ihm für seine Mitgliedschaft in der Bezirksvertretung Dornberg vom 06.06.2021 bis zum 31.10.2020. Sie überreicht ihm eine Urkunde und eine Münze als Dank für sein ehrenamtliches Engagement in der Bezirksvertretung.

Im Anschluss gratuliert sie Frau Meier und Herrn Vollmer nachträglich zum Geburtstag.

Zu der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Amphibienschutzmaßnahmen 2026 im Stadtbezirk Dornberg

Frau Zier verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Mitteilung der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Öffentlichkeitsbeteiligungstermine im Rahmen der Machbarkeitsuntersuchung zur Stadtbahnverlängerung in den Bielefelder Norden

Frau Zier verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Mitteilung der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Auswertung der Einsätze des Außendienstes des Ordnungsamtes

Frau Zier verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Mitteilung der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Mitteilung zum Parkplatz Bavostraße nahe Babenhauser Straße

Frau Zier verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Mitteilung der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Kreisverkehr in Schröttinghausen an der Kreuzung Beckendorfstraße/Schröttinghauser Straße (gemeinsame Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD und Die Linke vom 11.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0665/2025-2030

Die Anfrage wird auf die nächste Sitzung vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Beschilderung des Schulparkplatzes in der Campingstraße (Antrag der CDU-Fraktion vom 13.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0627/2025-2030

Frau Kleinesdar begründet den vorliegenden Antrag.

In der sich anschließenden Diskussion einigt sich das Gremium dem Antrag einstimmig zu folgen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt ein Schild zur Nutzung der Parkfläche in der Campingstraße aufzustellen. Darauf soll die Nutzung der Parkfläche für die Schule und die Freibadgäste enthalten sein und ein Hinweis, dass die Parkfläche nicht für Dauerparker genutzt werden darf.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5 Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2026/2027

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0376/2025-2030

Frau Kleinesdar teilt mit, dass die Verwaltung darauf achten solle, dass ein Ü3-Bedarf in Dornberg immer noch vorliege. Vor allem in Babenhausen sei dieser Bedarf erhöht und es solle die Möglichkeit geben, wenn Eltern keinen Platz bekämen, ausweichen zu können.

Ihr zustimmend betont Frau Stellbrink, dass nicht nur auf den Durchschnitt geschaut werden solle, sondern dass die einzelnen Teile Dornbergs betrachtet werden müssten. Dabei sei festzustellen, dass Babenhausen und Schröttinghausen nicht gut dar stehen würden. Sie bedürfen einer Erweiterung der vorhandenen Plätze.

Im Anschluss wird folgende Ergänzung zur Abstimmung gestellt:

„Ein Neubau der Kita Schröttinghausen am alten Standort ist weiterhin notwendig.“

Die Bezirksvertretung Dornberg stimmt zu und es ergeht folgender:

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Dornberg stellt den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2026/2027 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2, die Bestandteil des Beschlusses sind, fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2026 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt, zu melden:**

Gruppenform		Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl** Kindertagespflege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung	Ia (25 Std.)	56	1.169	3.448	
	Ib (35 Std.)	2.153			
	Ic (45 Std.)	2.408			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	15	15		
	IIb (35 Std.)	977	977		
	IIc (45 Std.)	976	976		
III = Kinder	IIIa (25 Std.)	99		99	

im Alter von drei Jahren und älter	IIIb (35 Std.)	3.087		3.087	
	IIIc (45 Std.)	3.211		3.211	
Summe		12.982	3.137	9.845	850 davon U3 = 850 davon Ü3 = 0

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (12.982 + 850 = 13.832) und der Gesamtzahl der Plätze (13.905) ergeben sich aus der Tatsache, dass 73 Plätze in heilpädagogischen Gruppen nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können.

**Bei der Platzzahl im Bereich der Kindertagespflege handelt es sich um eine Planzahl. Es ist erforderlich, diese Planzahl beim Land anzumelden, da regelmäßig im Laufe eines Kindergartenjahres neue Kindertagespflegeplätze geschaffen werden und für diese dann direkt die Gelder zur Verfügung stehen.

2. Plätze für Schulkinder in der Kindertagesbetreuung sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Schulkinder in Kindertagesbetreuung aufgenommen werden, sind diese nachzumelden.
3. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 420 Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung (sog. Integrationsplätze) anzumelden. Hiervon entfallen fünf Plätze auf Kinder unter drei Jahren und 415 Plätze auf Kinder über drei Jahren bis zum Schuleintritt. Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden.
4. Plätze in Kindertageseinrichtungen, die im Rahmen von Investitionsprogrammen für Kinder unter drei Jahren seit 2008 gefördert wurden, sind vorrangig mit Kindern zu belegen, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Verwaltung wird ermächtigt, für das Kindergartenjahr 2026/2027 im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung begründete Einzelfallregelungen gemäß § 55 Abs. 2 Satz 2 KiBiz zu den vorstehend genannten Plätzen zu treffen, wonach ein investiv geförderter Betreuungsplatz für ein Kind unter drei Jahren mit einem Kind im Alter ab drei Jahren belegt werden darf.
5. Plätze für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Kinder mit (bestehender oder

drohender) Behinderung in Kindertagespflege aufgenommen werden, sind diese nachzumelden.

6. Als Bemessungsgrundlage für den Landeszuschuss zur Fachberatung von Kindertagespflege nach § 47 KiBiz sind 200 Kindertagespflegepersonen anzumelden. Sollten später mehr Kindertagespflegepersonen tätig sein, sind diese nachzumelden.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2027 die erforderlichen Mittel einzuplanen bzw. den Haushalt für das Jahr 2026 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.
8. Ein Neubau der Kita Schröttinghausen am alten Standort ist weiterhin notwendig.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Stadtbahnverlängerung Linie 4 – Aktueller Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0444/2025-2030

Frau Pohl bittet die Verwaltung darum, dass unaufgefordert ein regelmäßig aktueller Sachstand mitgeteilt werde.

Die Bezirksvertretung nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Bericht zur Anlassunfallkommission 2025-V

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0177/2025-2030

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht zur Jahres- und Anlassunfallkommission 2025-III

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0447/2025-2030

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 9.1 Beschlusscontrolling der BV Dornberg zur Drucksache 0384/2025.2030 vom 29.01.2026 - Einrichtung eines Anton-Rufbusses in Dornberg

Herr Steinkühler merkt an, dass die vorliegende Antwort deckungsgleich mit der Antwort aus dem Jahr 2023 sei. Er stelle fest, dass nunmehr seit zwei Jahren immer nur dieselbe Antwort erfolge, aber kein Beginn festzustellen sei.

Herr Graeser und Frau Kleinesdar bitten darum, dass zur nächsten Sitzung Verwaltung erscheine und berichten solle, wie der aktuelle Sachstand sei. Hinzufügend teilt Herr Giesemann mit, dass es auch sinnvoll sei, noch einen Mitarbeiter von moBiel zur Sitzung einzuladen, der berichten könne, wie es in anderen Bezirken mit dem Anton-Bus laufe.

Abschließend merkt Herr Steinkühler an, dass es erstmal ausreichen würde, nur einen Teil von Dornberg in die Anton-Rufbus Route einzubeziehen, wie zum Beispiel Schröttinghausen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9.2 Beschlusscontrolling der BV Dornberg zur Drucksache 0398/2025.2030 vom 29.01.2026 - Herstellung Beleuchtung Verbindungsweg Großdornberger Straße – Spandauer Allee

Frau Pohl bittet darum, die Verwaltung darauf hinzuweisen, dass die vorhandene Lichtausbeute nicht ausreiche. Ergänzend fügt Frau Kleinesdar hinzu, dass es, entgegen der Antwort der Verwaltung, keine Bäume an der Stelle gäbe. Herr Breuer verweist zudem noch darauf, dass es aus Sicherheitsgründen hier eine Beleuchtung geben müsse. Abschließend weist Herr Steinkühler darauf hin, dass das neue Baufeld im Fürfeld hell beleuchtet sei und dass er nicht nachvollziehen könne, wie durch die Anbringung von zwei bis drei Lampen der Naturschutz gefährdet sei.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9.3 Bericht zum Zustand des Feuerwehrgerätehauses in Hoberge-Uerentrup

Frau Zier berichtet über den Ortstermin und den derzeitigen Zustand des Feuerwehrgerätehauses.

Herr Graeser schlägt vor, das vorhandene Gebäude stillzulegen und auf den freien vorhandenen Flächen Container zur weiteren Nutzung aufzustellen. Er sehe die Stadt in der Fürsorgepflicht für das Gebäude und die vorhandene Feuerwehrabteilung. Aufgrund dieses Handlungsbedarfes sollten Anträge in der Bezirksvertretung eingebracht

werden, um in naher Zukunft einen vernünftigen Betrieb vor Ort zu garantieren.

In der sich anschließenden Diskussion teilen die Mitglieder der Bezirksvertretung die Meinung, dass der Immobilienservicebetrieb, als Eigentümer, in der Pflicht stehe, notwendige Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen. Herr Steinkühler bekräftigt dabei den Lösungsvorschlag von Herrn Graeser.

Abschließend fordert Herr Graeser, dass schnellstmöglich ein Gutachten zum derzeitigen Sachstand eingeholt werden müsse. Die Mitglieder aller Fraktionen und die Einzelvertreter einigen sich darauf, dass Frau Zier einen gemeinsamen Antrag entwerfen solle.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Frau Zier stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Zier
Bezirksbürgermeisterin

Gabriel
Schriftführung